

Am 31.1.2012 war der Wuppertaler Bundestagsabgeordnete Manfred Zöllmer zu Gast bei den Wuppertaler Jusos. In der gut zweistündigen Veranstaltung wurde über die Ursachen und die Folgen der Eurokrise diskutiert. Außerdem wurde das bisherige Krisenmanagement der Regierung kritisch unter die Lupe genommen.

"Viele Probleme werden auf Europa geschoben"

In seinem Einführungsvortrag legte Manfred seine Sicht der Dinge dar, wie es zur Krise kommen konnte und wie diese Europa als Ganzes gefährdet. Als großes Problem innerhalb der EU sieht er den zunehmenden Europaskeptizismus, der schon vor Ausbruch der Krise an dem Ansehen der früher als Elitenprojekt gestempelten EU nagte. Insbesondere die Wahlerfolge ultranationalistischer und europafeindlicher Parteien in Osteuropa zeigen, dass die EU viel Vertrauen verloren hat. Problematisch ist, so Zöllmer, wenn der Schwarze Peter der EU zugeschoben wird. "Viele innenpolitische Probleme werden auf Europa geschoben." Weiterhin wüssten viele Menschen die Vorzüge von Europa nicht mehr zu schätzen. Die Freizügigkeit von Personen und Waren erscheint heute so selbstverständlich, dass so manchem oft nicht bewusst ist, dass erst ein geeintes Europa dies ermöglicht hat. Außerdem habe die EU der 27 Probleme, sich zu drängenden Fragen zu positionieren. Noch immer gelte inoffiziell ein Einstimmigkeitsprinzip im Rat und auch das Europäische Parlament vermag mit seinem geringen Gewicht nicht die Bürger davon zu überzeugen, dass Demokratiedefizite in der EU abgebaut würden.

"Die großen Visionäre gibt es nicht mehr"

"Die großen pro-europäischen Politiker sterben aus", meint Zöllmer verbittert. Man könne zu Helmut Kohl politisch stehen wie man will, aber kaum ein anderer habe so energisch die europäische Integration vorangetrieben wie er. Die EU erscheine nur als riesiger Beamtenapparat in Brüssel, der irrsinnige Verordnungen erlässt und uns unsere schönen Glühbirnen verbiete. Das Vertrauen in die Institution EU wiederherzustellen muss Ziel jeder sozialdemokratischen Politik sein.

Schuldenkrise als Folge der Finanzmarktkrise

Die europäische Schuldenkrise muss man als direkte Folge der Finanzmarktkrise sehen. Viele europäische Länder mussten sich zur Stabilisierung des Bankensektors bis zur Schmerzgrenze und darüber hinaus verschulden. Gleichwohl kann die Schuldenhöhe per se nicht als Grund für die plötzliche Panik an den Märkten herangezogen werden: Zu hoch waren schon seit je her die Schuldenstände in den USA oder Japan. "Es ist vor allem auch eine psychologische Krise. Die Finanzmärkte sind wie im Herdentrieb in völlige Panik verfallen."

Strukturelle Probleme in Griechenland

Im Falle Griechenlands sieht Zöllmer aber auch viele Gründe im Land selbst. Zu viel öffentlicher Dienst, zu wenig Industrie, Vetternwirtschaft. Manfred erzählt in diesem Zusammenhang von seiner ersten Reise nach Griechenland, wo er erzählt bekam, dass ein eigentlich geschlossenes Ministerium einfach weiterarbeitete und gar nicht daran dachte, die Arbeit einzustellen. "Griechenland hat in jedem Fall auch über seine Verhältnisse gelebt. 80% mehr Konsum von 2000 bis 2008 bei wirtschaftlich mäßigem Wachstum sind ein klares Indiz dafür."

"Katastrophales Krisenmanagement"

Auf das Krisenmanagement der Regierung angesprochen schüttelt Manfred den Kopf. "Die ständige kleinschrittige Erhöhung der Krisengelder hat nicht das Vertrauen in den Euro oder Europa gestärkt, im Gegenteil." Viel früher hätte man den IWF mit einbeziehen müssen. "Da ist die Kompetenz und die Erfahrung vorhanden, wie man mit überschuldeten Staaten umgehen muss." Die eigentlichen Gegner einer Rettung sieht er aber auf den Finanzmärkten. Mit immer höheren Zinsen und den frei gehandelten CDS (Credit Default Swaps), den Kreditausfallversicherungen, die schon die Finanzmarktkrise befeuert hatten, würden die Rettungsbemühungen zusätzlich erschwert. "Es wird auf eine Pleite Griechenlands spekuliert." Als nötige Maßnahme sieht Manfred eine hohe Schutzmauer für die betroffenen Länder. Und: Es müsse garantiert werden, dass kein Land alleingelassen wird und dass kein Land pleitegeht. "Das hätte von vornherein die Schärfe aus der Krise genommen", meint Manfred, der dabei auf den Auftritt von Merkel und Steinbrück zu Beginn der Finanzmarktkrise hinweist, wo die beiden vericherten, dass alle Einlagen deutscher Sparer sicher seien.

Merkel hat langfristige Ziele im Blick

Die Idee, dass nach dem butterweichen Maastrichtvertrag eine wirkliche Schuldengrenze in Europa gelten soll, ist durchaus richtig, so Zöllmer. Auch eine stärkere gemeinsame Haushaltspolitik und schärfere Sanktionen zur Durchsetzung seien durchaus in Ordnung. Allerdings seien dies alles langfristige Maßnahmen, kurzfristig müsste man versuchen, auch der kriselnden griechischen Wirtschaft Impulse zu geben. "Nur durch sparen lässt sich diese Krise nicht lösen. Dadurch wird die Not in den betroffenen Staaten nur noch viel schlimmer." 2012 sieht Manfred als entscheidendes Jahr der Krisenbekämpfung, vor allem weil es einen immensen Refinanzierungsbedarf an alten Schulden bei vielen europäischen Staaten gibt.

Schwierige Möglichkeiten zur Lösung der Krise

Eine Möglichkeit, die Krise zu lösen, wäre die Finanzierung der Krisenstaaten aus dem Rettungsschirm. Allerdings ist dies mit der derzeitigen Regierung nicht zu machen und würde auch dann an seine Grenzen stoßen, wenn Italien umfallen sollte. Eine zweite Möglichkeit wäre eine stärkere Einbindung der EZB nach amerikanischem Vorbild. Allerdings ist dies schon rechtlich problematisch, da die EZB keine Staaten finanzieren darf. Dennoch kauft sie in großen Mengen Staatsanleihen an den Sekundärmärkten. Außerdem versorgt sie die Banken mit unglaublichen Geldmengen (zuletzt ½ Billion Euro) zu Niedrigstzinsen. Dennoch ist der Interbankenhandel aufgrund des Misstrauens der Institute untereinander nur noch sehr beschränkt aktiv - viele Banken lagern ihr Kapital wieder bei der EZB ein.

"In Italien wird die Krise entschieden"

Dass Griechenland pleite ist, daran besteht kein Zweifel mehr. Ein "Haircut" sei wohl die einzige Möglichkeit, um einen Neustart zu ermöglichen. Allerdings ist es unerlässlich, dass Griechenland im Euro bleibt. Sonst fiele Griechenland wegen der massiven Abwertung der eigenen Währung auf Entwicklungslandniveau zurück. Portugal ist das nächste Problemkind, das am Tropf der Troika hängt. Für die Krise letztlich entscheidend sein wird der Ausgang in Italien sein. "Wenn Italien als drittgrößte Wirtschaftsmacht der EU pleite geht, dann ist der Euro gescheitert", prognostiziert Zöllmer. Entscheidend wird diesbezüglich auch die wirtschaftliche Entwicklung sein. Gemeinhin

wird mit einer konjunkturellen Abkühlung gerechnet. Dies könnte die Rettung zusätzlich erschweren.

Das Thema Ratingagenturen

Sie sind schon immer die Buhmänner gewesen - die Ratingagenturen. Bei der Finanzmarktkrise waren sie schuld – sie hatten die Risiken der bewerteten Produkte nicht korrekt angegeben. Und jetzt? Jetzt scheinen sie aus ihren Fehlern gelernt zu haben und ins andere Extrem verfallen zu sein: Keine Sparanstrengung scheint genug, kein Staat vor den Herabstufungen gefeit. Was aber mehr stört als das Herabstufen an sich sind die vagen Begründungen für das Senken des Daumens, was für die betroffenen Länder schnell Milliarden an Mehrzinsen bedeuten kann. "Die Ratingagenturen wurden durch die Basel I und Basel II Vorschriften gestärkt. Besorgniserregend ist, dass die Banken eine Kernkompetenz, nämlich die Bewertung von Finanzprodukten ausgelagert haben." Oftmals wird daher die Gründung einer europäischen Ratingagentur gefordert. Durchaus eine gute Idee, so Zöllmer, aber dafür müssten einige Probleme beseitigt werden: "Für eine europäische Ratingagentur würde man grob 500 Millionen Euro als Startgeld benötigen. Außerdem bräuchte man viel Zeit, um sich am Markt zu etablieren und das Vertrauen der Investoren zu gewinnen." Diese Möglichkeit scheint daher eher langfristiger Natur zu sein. Vielmehr müsse man aber zusehen, die Ratingagenturen zu regulieren. "Bei den Bewertungen der Ratingagenturen muss endlich auch das Gebot der Transparenz gelten", so Zöllmer. Außerdem sollte angedacht werden, die Ratingagenturen für die Bewertungen haftbar zu machen. Als erster Schritt wäre aber ohnehin unabdingbar, die Bedeutung der Ratings zu reduzieren.

"Eurobonds sind politisch tot"

Der Vorschlag einiger Länder, durch gemeinsame europäische Anleihen, so genannte Eurobonds, die Zinslast für die verschuldeten Länder zu lindern ist laut Zöllmer vorerst "politisch tot". Das Thema sei zu sehr ausgesaugt worden von Medien und politisch missbraucht worden. "Eurobonds klingt mittlerweile automatisch nach Transferunion." Dennoch sei dies wohl der richtige Weg.

Hat Deutschland am Ungleichgewicht schuld?

Zwar ist es richtig, dass Deutschland durch seine hohen Exportüberschüsse und den vergleichsweise geringen Binnenkonsum ein Ungleichgewicht herstellt. Allerdings hat das vornehmlich mit der Struktur der deutschen Wirtschaft mit Maschinen- und Automobilbau im industriellen Sektor zusammenhängt. "Auch eine Stärkung der deutschen Binnennachfrage würde nicht dazu führen, dass hier mehr griechische Waren konsumiert werden", meint Zöllmer. Außerdem sei Deutschland – 2002 noch EU-Buhmann für sein schwaches Wachstum – vor allem wegen seines starken Exports zur Wirtschaftslokomotive der EU geworden. Davon profitieren auch die anderen EU-Staaten. Gleichwohl meint auch Manfred, dass die Binnennachfrage gestärkt werden müsste, vor allem durch Anhebung der Löhne.

Europa ohne das Vereinigte Königreich?

Großbritannien hat sich durch sein Nein auf dem EU-Gipfel ins Abseits gestellt. "Die Briten fühlen sich noch immer als Weltmacht und denken, sie stünden ohne Europa besser da. Da liegen sie genau falsch. Sie sind in puncto Exporte in hohem Maße auf die EU angewiesen." Zöllmer sieht deshalb in der britischen Haltung nur eine vorübergehende Trotzreaktion. "Großbritannien sollte die

Möglichkeit gegeben werden, sich den Beschlüssen später noch anzuschließen. Allerdings müssen sie damit rechnen, keine Sonderbehandlung mehr zu erfahren."

"Die Verursacher müssen zur Kasse gebeten werden." - eine Finanztransaktionssteuer.

Eine Finanztransaktionssteuer, gegen die sich mittlerweile augenscheinlich nur noch London in höchstem Maße wehrt, wäre ein Schritt in die richtige Richtung. "Die Verursacher der Krise müssen mitzahlen." Selbst eine Einführung nur in der Eurozone hält Zöllmer für möglich. "Die EU-Kommission hat da einige Ideen parat, um etwa die Umschichtung des Handels auf andere Plätze zu verhindern." So etwa die Besteuerung des Unternehmenssitzes und nicht des Handelsplatzes. "Eine Finanztransaktionssteuer ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Das ist ja prinzipiell nichts anderes als eine Mehrwertsteuer, die ich beim Kauf entrichte." Außerdem sei eine Finanztransaktionssteuer im Moment durchaus durchsetzbar, da auch Paris auf eine Einführung drängt.

"Feuerwehrmann" EZB?

"Die EZB ist der wohl einzige Helfer für das brennende Haus", verbildlicht Zöllmer. Durch höchst umstrittene und massenhafte Aufkäufe von Staatsanleihen sollte die Zinslast gedrückt werden. Außerdem versucht man mit höchst expansiver, lockerer Geldpolitik die Märkte mit Liquidität zu versorgen. Letztlich ist aber problematisch, was mit den kritischen Staatsanleihen passiert, die die EZB nun in ihren Beständen hat. "Das kann ganz schnell ganz teuer werden", meint er, vor allem wenn bei einem Haircut auch die öffentlichen Gläubiger auf Forderungen verzichten müssen. Wichtig sei aber bei aller Hilfe durch die EZB, dass diese unabhängig bleibt.

Folgen eines Griechenland-Austritts aus der Eurozone: "Ökonomisches und soziales Desaster"

Oftmals wird als letzte Möglichkeit, oder auch als unverhohlenen populistische Forderung die Idee eines Austritts Griechenlands aus der Eurozone ins Spiel gebracht. "Griechenland würde sich zu einem Entwicklungsland zurückentwickeln. Die Drachme stände zur Schuldentilgung vor einer massiven Abwertung. Dadurch wären Importe aus der EU nahezu unbezahlbar. Bei der viel auf Import gestützten Wirtschaftsstruktur Griechenlands ein Desaster." Auch würde der soziale Kampf an Schärfe zunehmen. Ein Austritt sollte also nicht ernsthaft in Betracht kommen.

"Deutschland gewinnt durch die Krise"

Des einen Freud', des anderen Leid: Griechenland taumelt in immer größere Schwierigkeiten, die Daumenschrauben werden immer enger angezogen, die Zinsen steigen und Deutschland? Das kann sich für negative Zinsen Geld leihen. "Deutschland gewinnt sogar aus den direkten Krediten an Griechenland." Bis zum jetzigen Zeitpunkt sei ohnehin nur indirekt Geld über die KfW nach Griechenland geflossen, der Rest ist "in Garantien vorhanden und gar nicht abgerufen." meint Zöllmer. Durchaus "unsolidarisch" sei es, weitere Hilfen auszuschließen, aber gleichzeitig Geld für das Schuldenmachen zu bekommen. "Erst eine Abstufung und der Ausfall von Anleihen würde über die KfW oder die Anleihen bei der EZB zu einer Zahlungsverpflichtung Deutschlands führen."

Sparkommissar: "unsägliche Idee"

Die geäußerte Forderung nach einem Sparkommissar und dem Entzug des Haushaltsrechts seien "unsäglich und unnötig", meint Zöllmer. Dadurch werde man nur noch weiteres Ansehen in Europa verspielen, was in der Eurokrise ohnehin gelitten hat. Deutschland werde für sein zögerliches und unsolidarisches Krisenmanagement abgestraft. Außerdem schade die Konzentration auf die Achse Berlin-Paris dem europäischen Grundgedanken. "Auch die kleinen Mitgliedsländer müssen ernstgenommen werden. Wenn die Verträge zwischen Deutschland und Frankreich ausgehandelt werden und der Rest der EU diese nur abnicken soll, dann hat das mit Demokratie nichts zu tun." Dennoch müsse Deutschland entsprechend seiner wirtschaftlichen Position eine Führungsrolle in der Krisenbewältigung spielen, dabei aber nicht nur nationale Interessen in den Vordergrund rücken, sondern vielmehr die europäische Idee im Auge behalten.

Alexander Hobusch